

Datenschutzerklärung

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung möchte Sie auf dem Weg vom Verlassen der allgemein bildenden Schule hin zu einer beruflichen Perspektive unterstützen und / oder Ihnen das Finden einer geeigneten Schule der Sekundarstufe II erleichtern und außerdem die Vergabe der Schulplätze der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe und berufliche Schulen) elektronisch unterstützen. Dabei wird die Entscheidung über die Aufnahme in einen bestimmten Bildungsgang bzw. in eine bestimmte Schule oder einen bestimmten Ausbildungsbetrieb nicht durch eine Software, sondern durch die Schul- oder Betriebsleitung nach Maßgabe Ihrer Wünsche, Vorbildung, Qualifikation, schul- oder ausbildungsrechtlicher Vorschriften und freier Kapazitäten getroffen.

In dem Jahr, in dem Sie die allgemein bildende Schule bzw. die Sekundarstufe I in Jahrgangsstufe 9 oder 10 verlassen, gibt die an dieser Schule dafür zuständige Dienstkraft folgende auf Sie bezogene Angaben in das von der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung betriebene Fachverfahren nach §64a SchulG die Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank kurz LUSD ein, soweit sie bereits bekannt und zutreffend sind:

- Vorname (Pflichtfeld),
- Nachname (Pflichtfeld),
- E-Mail,
- Geburtsdatum (Pflichtfeld),
- Geschlecht (Pflichtfeld),
- Geburtsort (Pflichtfeld),
- Stadt (Pflichtfeld),
- Postleitzahl (Pflichtfeld),
- Straße und Hausnummer (Pflichtfeld),
- Telefonnummer,
- Telefonnummer Mobil,
- Staatsangehörigkeit (Pflichtfeld),
- Aufenthaltsstatus,
- Schulbesuch,
- Jahrgangsstufe (Pflichtfeld),
-
- erreichter Abschluss,
- erreichbarer Abschluss,
Abgang aus Willkommensklasse (+ Bemerkungsfeld),
- Dokumentation individuellen Förderbedarfs,
- Sprachstand,
- Ausbildungsinformationen (Historie und Ergebnisse, d.h. Zeiträume und Abbruchinformationen),

- Organisationsdaten zum Anmeldeprozess (Status der Unterlagen, Einwilligungserklärungen, Widerrufserklärungen, Verwaltungsentscheidungen (Ablehnung, Annahme, Warteliste),
- Bewerbungsinformationen zu gewählten Bildungsangeboten (Berufsfeld, Ausbildung, Schule, Bildungsgang) mit Priorisierung,
- Dokumentation der dualen Ausbildungsversuche,
- Dokumentation anderer Anschlussperspektiven wie Freiwilliges Soziales Jahr, Wiederholung des Schuljahres etc.
- Angabe der sorgeberechtigten Personen

Der Verlauf der Suche nach einem weiterführenden Ausbildungsplatz wird auch nach dem Verlassen der Schule erfasst und gespeichert auf Grund Ihrer Angaben und der Angaben der von der Senatsverwaltung oder der Schule beauftragten Fachberaterinnen und Fachberater bzw. Berufsberaterinnen und Berufsberater.

Rechtsgrundlage dafür ist § 64 Absatz 8 Satz 2 des Schulgesetzes. Danach darf die Schulaufsichtsbehörde (die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung) personenbezogene Daten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die beim Verlassen der Schule weder eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben noch eine Berufsausbildung beginnen, bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres verarbeiten zu dem Zweck, diese Personen für eine Qualifizierungsmaßnahme oder Berufsausbildung zu gewinnen und in eine solche zu vermitteln.

Für Schülerinnen und Schüler, bei denen zum Zeitpunkt der Beendigung der 10. Jahrgangsstufe bereits feststeht, dass sie eine Berufsausbildung beginnen werden, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten in der LUSD eine datenschutzrechtliche Einwilligung. Die Abgabe dieser Erklärung ist freiwillig.

Empfänger Ihrer Daten sind nach Maßgabe der schul- und berufsbildungsrechtlichen Bestimmungen die aufnehmende Schule, der aufnehmende Ausbildungsbetrieb oder Träger der Qualifizierungsmaßnahme sowie die von der ab- oder aufnehmenden Schule oder der Senatsverwaltung beauftragten Berufsberater/*innen. Die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter erhalten, wenn Sie auf Nachfrage Ihre ausdrückliche Einwilligung erteilt haben, Ihre gespeicherten Daten, soweit sie für Ihre weitere Beratung und Vermittlung durch diese Institutionen erforderlich sind.

Speicherdauer:

Die Daten werden längstens gespeichert, bis Sie das 21. Lebensjahr vollendet haben. Sie werden vorher gelöscht, wenn Sie eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben oder wenn Sie sich in einer schulischen Berufsausbildung oder einer Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (Ausbildungsbetrieb und Berufsschule) befinden.

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten - außer für die Erfassung und Eingabe durch die Schulen - ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Stabsstelle Schule in der digitalen Welt, (Ansprechpartner ist Prof. Dr. Dr. Peter Klimczak, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, Tel.: 030 9021 4600, E-Mail: peter.klimczak@senbjf.berlin.de)

Datenschutzbeauftragter für den Bereich e-Government der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ist:

Ümit Teke, behDSB, +49 (30) 90227 586, uemit.teke@senbjf.berlin.de

Sie haben insbesondere folgende Rechte:

Gemäß Artikel 15 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) können Sie vom Verantwortlichen jederzeit Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und Ihre Empfänger, die schul- oder berufsbildungsrechtlichen Grundlagen der Übermittlung und die konkreten Verwendungszwecke verlangen, Sie haben ein Recht auf elektronische Kopien bzw. Ausdrücke gespeicherter Sie betreffender Dokumente und der sonstigen zu Ihrer Person im Fachverfahren LUSD. Nach Artikel 16 können Sie die Berichtigung fehlerhafter Angaben verlangen, nach Artikel 21 können Sie der Verarbeitung einzelner oder sämtlicher Angaben zu Ihrer Person auf Grund Ihrer besonderen Situation widersprechen und damit eine Entscheidung über die weitere Verarbeitung herbeiführen. Die Löschung Ihrer Daten können Sie unter den in Artikel 17 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung genannten Voraussetzungen verlangen, die eingeschränkte Verarbeitung können Sie unter den in Artikel 18 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung verlangen.

Sie haben das Recht, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Beauftragte des Landes Berlin für Datenschutz und Informationsfreiheit überprüfen zu lassen. Anfragen und Beschwerden können Sie per E-Mail richten an mailbox@datenschutz-berlin.de, Telefon 030/13889-0, Fax 030 / 21 55 050, Postanschrift: Friedrichstraße 219, 10969 Berlin.